

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 2. VIERTELJAHR 1966

Das Wachstumstempo der bundesdeutschen Wirtschaft ist in der ersten Hälfte dieses Jahres, verglichen mit dem 2. Halbjahr 1965, nochmals langsamer geworden. Dabei war der Zuwachs nicht das Ergebnis einer weithin gleichmäßigen Entwicklung. Vielmehr bietet die Wirtschaft zur Zeit ein sehr differenziertes Bild. Die Bereiche, in denen mit Sorgen in die Zukunft geblickt wird, sind größer geworden.

Differenzierte Konjunktorentwicklung

Uneinheitlich entwickeln sich auch die Nachfrageströme. Am erfreulichsten war in den letzten Monaten das Exportgeschäft; die *Auslandsnachfrage* war erheblich stärker als im vergangenen Jahr. Von einem beschleunigten Tempo der Zunahme der Auslandsaufträge konnte vor allem die Investitionsgüterindustrie profitieren. Dagegen lag die *Nachfrage*

der heimischen Unternehmer, nach Investitionsgütern sogar unter dem Vorjahresstand. Daß sich die Investitionsbereitschaft der Unternehmer erheblich abgeschwächt hat, liegt nicht nur an einer — der gegenwärtigen Konjunkturphase entsprechenden — vorsichtigen Einschätzung der Absatzentwicklung und der Gewinnerwartungen, sondern ebenso an einer deutlich spürbaren Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten. Einmal steigen die Gewinne kaum noch, und da aus ihnen eine sich weiterhin ausweitende Lebenshaltung der Unternehmer finanziert werden muß, gehen die nicht entnommenen Gewinne sogar zurück. Zum anderen greifen jetzt — nach einem zweijährigen Weg — die Kreditbremsen der Bundesbank doch in vielen Bereichen, zum Teil sogar ziemlich hart, zu. Das gilt insbesondere für die *Bauwirtschaft*.

Wichtigste Konjunkturstütze ist unverändert der *private Verbrauch*, aber auch sein Expansionstempo verlangsamt sich. Das hängt damit zusammen, daß die Löhne und Gehälter nicht mehr so stark wachsen und daß die Lohnsteuer überproportional ansteigt. Andererseits kann in diesem Jahr nicht mehr mit einer so extrem hohen Spartätigkeit wie 1965 gerechnet werden; ein größerer Teil der privaten Haushaltseinkommen fließt in den Konsum. Auch die Ausgaben für den *öffentlichen Verbrauch* nehmen langsamer zu.

Die Abschwächung der Nachfrage hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres hemmend auf die *Produktion* ausgewirkt. Zugleich mit der Nachfrageexpansion war auch das Wachstum der Industrieproduktion rückläufig. Die Produktionskapazitäten sind nicht mehr so stark ausgelastet wie vor einem Jahr. Das Angebot an heimischen Waren wurde durch eine überdurchschnittlich steigende *Einfuhr* ergänzt; noch kräftiger sind die Einfuhren an kommerziellen Fertigwaren gestiegen. Allerdings hat sich der Zuwachs der gesamten Einfuhr, der im vorigen Jahr ungewöhnlich hoch war, erheblich verringert; während im vergangenen Jahr die Zuwachsrate der Einfuhr fast doppelt so groß war wie die der Ausfuhr, hatten beide in den ersten Monaten dieses Jahres nahezu das gleiche Wachstumstempo.

Weiterhin hoher Preisanstieg

Obwohl sich das konjunkturelle Klima erheblich abgekühlt hat und trotz der einschneidenden Kreditbeschränkungen der Bundesbank *steigen die Preise* weiter. Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres sogar noch beschleunigt. In keinem Jahr seit 1951, dem Jahr der Korea-Krise, verteuerte sich die Lebenshaltung so stark wie in letzter Zeit. Gegenüber der gleichen Vorjahrszeit war sie im ersten Quartal dieses Jahres um 4,3 vH und

im April um 4,5 vH teurer. Im April lag der Preisindex für die Lebenshaltung bereits um 3,4 vH über dem Jahresdurchschnitt 1965. Am stärksten werden Rentner und kinderreiche Familien vom Preisanstieg betroffen. Der Preisindex für die Lebenshaltung eines 2-Personen-Rentnerhaushaltes stieg binnen Jahresfrist um 5,1 vH und der Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes gar um 5,8 vH.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß allenthalben Zweifel aufkommen, ob es der Bundesbank mit ihrem harten Kurs gelingen wird, ein stabiles Preisniveau zu erreichen, ohne es mit hohen Wachstumsverlusten oder gar einer Rezession erkaufen zu müssen^{*)}. Denn wenn auch der Preisstabilität ein hoher Rang zukommt, ein Rückgang des Sozialprodukts oder eine Stagnation wären allerdings ein zu hoher Preis dafür.

Bevor wir uns jedoch hiermit näher befassen, sollen einige Zahlenangaben das Bild, das soeben von der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung gezeichnet wurde, deutlicher erscheinen lassen.

Die *Auftragseingänge* bei den Industriefirmen lagen im ersten Vierteljahr 1966 — den Werten nach — um 5 vH über dem Vorjahresstand. Allerdings nahmen die Inlandsaufträge nur um 3,5 vH zu, während die Bestellungen ausländischer Firmen sich um 11,4 vH erhöhten. Wenn die Investitionsgüterindustrie z. B. ihre Auftragsbücher überhaupt noch etwas mehr als ein Jahr zuvor füllen konnte, dann nur dank der starken Zunahme der Auslandsaufträge um 10,8 vH; die Inlandsbestellungen waren dagegen um 1 vH niedriger. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zunahme der Auftragswerte bei einem Vergleich über ein Jahr hinweg zum Teil von dem gleichzeitigen Anstieg der Erzeuger- und der Ausführpreise beeinflusst ist, so daß das Auftragsvolumen noch etwas weniger zugenommen hat. In der Grundstoffindustrie wurde im ersten Vierteljahr von inländischen Firmen um 5 vH und von ausländischen Unternehmungen um 10,5 vH mehr bestellt als im gleichen Vorjahrszeitraum. Die Verbrauchsgüterindustrie schließlich konnte Zuwachsraten von 9,9 vH aus dem Inland und von 18,1 vH aus dem Ausland erzielen.

Im April 1966 hatte sich die Auftragslage abermals verschlechtert, allerdings mag der diesjährige Ostertermin im April dabei eine Rolle gespielt haben²⁾. Die Bestellungen inländischer Firmen lagen im Durchschnitt der Industrie um 2 vH unter dem vergleichbaren

1) Vgl. u. a. Herbert Ehrenberg, Wachstumsstabilisierung statt falscher Geld- und Kreditpolitik, GM, H. 6/1966, S. 365 ff.

2) Dieser Bericht wurde am 10. Juni 1966 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Außenhandel sowie über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie nur bis zum Monat April 1966 vor.

Vorjahrsstand, während die Auftragseingänge im Exportgeschäft um 11,5 vH höher waren.

Eine starke Differenzierung zeigt auch die Produktionsstatistik. Insgesamt weitete sich die *Industrieproduktion* im ersten Vierteljahr um 2,5 vH und im April um 4 vH aus. Dabei steht in der Grundstoffindustrie mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 4,1 vH (erstes Vierteljahr) bzw. 4,5 vH (April) eine Zunahme von 8 bzw. 11 vH in der chemischen Industrie einem Rückgang der Eisen- und Stahlerzeugung von 4 bzw. 1 vH gegenüber. Die Investitionsgüterindustrie wies im April eine Jahreszuwachsrate von fast 3 vH auf, im ersten Vierteljahr mußte dagegen ein leichter Produktionsrückgang (minus 0,7 vH) verzeichnet werden. Hier war vor allem die Entwicklung im Maschinenbau rückläufig, während insbesondere der Fahrzeugbau und die feinmechanische und optische Industrie befriedigende Zuwachsraten hatten. In der Verbrauchsgüterindustrie war bei durchschnittlichen Zuwachsraten von 4,6 vH im ersten Vierteljahr und nahezu 6 vH im April die Entwicklung der Branchen ebenfalls unterschiedlich.

Kreditrestriktionen hemmen Wohnungsbau

Eine ungewöhnlich gute Witterung hatte in den ersten Monaten dieses Jahres zu einer Belebung auf dem *Baumarkt* geführt. Die Umsätze des Bauhauptgewerbes waren im ersten Vierteljahr 1966 um 8 vH größer als ein Jahr zuvor. Erstmals seit längerem stand dabei der Wohnungsbau mit einer Zuwachsrate von 11 vH wieder an der Spitze, während die Ausgaben für öffentliche Bauten nur um 5 vH höher waren. Zufrieden könnte man auch mit der Zunahme der Baugenehmigungen im ersten Vierteljahr 1966 sein; sie stiegen dem Volumen nach gegenüber dem ersten Vierteljahr 1965 um 13 vH an, wobei die Expansion in allen Bereichen ungefähr gleich stark war. Das ist erstaunlich, wenn man bedenkt, wie knapp und teuer insbesondere Hypotheken geworden sind. So gingen die Hypothekenzusagen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im ersten Vierteljahr 1966 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 35 vH, die der privaten Hypothekenbanken um 17 vH zurück. An ihre Stelle traten allerdings zum großen Teil erhöhte Kreditzusagen von Sparkassen, Bausparkassen und Privatversicherungen. Im ganzen nahmen aber die Kreditzusagen für die Wohnungsbaufinanzierung nur noch langsam zu, und sie reichen nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nicht aus, um den „im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten der Bauwirtschaft einschließlich der Arbeitskräfte möglichen Zuwachs an Wohnbauinvestitionen von rund 6 yH“ zu finanzieren³⁾.

Hinzu kommen die Auswirkungen der Kreditverteuerung auf Herstellungskosten und Mieten. Der Effektivzins für Hypothekendarlehen der Emissionsinstitute ist von gut 6,5 vH Anfang 1964 auf mehr als 8,5 vH kurz vor der letzten Diskonterhöhung Ende Mai 1966 gestiegen — und es ist möglich, daß sich auch diese nochmals verteuern auswirkt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, daß im frei finanzierten oder steuerbegünstigten Wohnungsbau eine Erhöhung des Zinssatzes für die Kapitalmarktmittel um 1 vH einer Baupreiserhöhung von rund 8 vH entspricht und zur Zeit den monatlichen Mietpreis um rund 38 Pfennig je qm ansteigen läßt.

Die Kreditverteuerung wirkt sich auch spürbar auf den sozialen Wohnungsbau aus, zumal die öffentlichen Mittel spärlicher fließen. Infolgedessen lag das Volumen der Bewilligungen im öffentlichen Wohnungsbau im ersten Vierteljahr 1966 um 18 vH unter dem Vorjahrsstand. Hierzu stellt das Bundeswohnungsbauministerium in seinem Bericht für das erste Quartal 1966 fest: „Entgegen der These, der soziale Wohnungsbau sei durch die Subventionen gegen die negativen Einflüsse vom Kapitalmarkt abgeschirmt, zeigt sich immer deutlicher, daß gerade der soziale Wohnungsbau am stärksten von der ungünstigen Entwicklung am Renten- und Kapitalmarkt betroffen ist..“

Jedenfalls sollte man die erfreulich günstige Zahl der Baugenehmigungen im ersten Vierteljahr 1966 nicht überbewerten. Sie ist nur eine Hilfsgröße, die zur Zeit nicht ohne weiteres mit dem Umfang der Auftragserteilung an die Baufirmen gleichgesetzt werden kann. Zudem scheinen die Auftragsstornierungen zuzunehmen, und nach Testergebnissen blieben die Auftragsvergaben hinter den Bauleistungen zurück.

Bundesbank bleibt auf hartem Kurs

Bei dieser Entwicklung ist es unverständlich, daß die Bundesbank ihren Beschluß, den Diskontsatz mit Wirkung vom 27. Mai 1966 von 4 auf 5 vH zu erhöhen, u. a. damit begründete, daß der „Bauboom“ andauere. Wir haben indessen schon in unserem letzten Vierteljahresbericht auf die unterschiedliche Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung sowie der zu ergreifenden Maßnahmen durch die Bundesbank einerseits und die Wirtschaftsforschung andererseits hingewiesen⁴⁾.

Bundesbankpräsident *Karl Blessing* hat am 3. Juni 1966 in einem Vortrag vor dem Obersee-Club in Hamburg noch einmal die Entschlossenheit der Bundesbank, ihren harten

3) DIW-Wochenbericht vom 20. Mai 1966, S. 93.

4) GM, H. 4/1966, S. 23S/39.

Kurs beizubehalten, bekundet und begründet⁵⁾. Nach seiner Ansicht zeigen sich jetzt allmählich die ersten Erfolge der Anstrengungen der Bundesbank. „Der Bremsweg ist zu Ende, die Kreditinstitute sind stärker an der Leine der Notenbank als seit vielen Jahren.“ Nachdem sich sowohl die private als auch die öffentliche Investitionstätigkeit wegen des verschlechterten Finanzierungsklimas merklich abgekühlt habe, werde „eine Fortsetzung unserer gegenwärtigen Restriktionspolitik ... auch dem Lohnkosten- und Preisauftrieb in nicht zu ferner Zeit ein Ende setzen“. Und am Schluß seines Vortrags führt Blessing aus: „Weder die abgekühlte Konjunktur im Bereich der Investitionen noch die Malaise am Kapitalmarkt können die Bundesbank dazu bringen, ihre restriktive Politik im gegenwärtigen Zeitpunkt zu lockern. Würden wir zu einer Politik des leichteren Geldes übergehen, so wären alle unsere bisherigen Anstrengungen umsonst gewesen.“

In ihrem Bericht über „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1966“⁶⁾ haben die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute demgegenüber die Möglichkeiten der Bundesbank, durch ihre Maßnahmen den Preisanstieg erfolgreich bekämpfen zu können, skeptisch beurteilt: „Wenn überhaupt, so wirken die monetären Restriktionsmaßnahmen erst dann, wenn die konjunkturelle Situation sie nicht mehr erfordert. Auch diesmal kann ein Erfolg der restriktiven Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank schwerlich nachgewiesen werden.“ Die Institute empfehlen „eine Lockerung der kreditpolitischen Zügel“. Es bestehe zudem „bei der gegenwärtigen konjunkturellen Konstellation kein Anlaß, die Investitionsneigung dämpfen zu wollen“. Diese Auffassung hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinen Wochenberichten vom 20. Mai 1966 und vom 10. Juni 1966 noch einmal wiederholt.

Ist das Rezept der Bundesbank richtig?

Anschaulich und einleuchtend hat *Peter Sweerts-Sporck* in der führenden deutschen Wirtschafts- und Finanzzeitung *Der Volkswirt* dargelegt, warum der Bundesbank letztlich der Erfolg versagt bleiben wird. Er schreibt im Leitartikel der Ausgabe vom 3. Juni 1966 u. a.:

„Exotische Zinssätze und ein deroutierter Kapitalmarkt sind das bisher sichtbare Ergebnis der Restriktionen. Noch ist die Investitionstätigkeit der großen und mächtigen Unternehmen kaum berührt. Die kleineren und mittleren Firmen dagegen, bei denen der verteuerte und verknappte Kredit sofort durch-

schlägt, geraten in Bedrängnis, wie das nun einmal immer die Folge solcher globaler Maßnahmen ist. Doch wenn die Notenbank nur lange und nachhaltig genug Geld und Kredit verteuerte und verknappte, so träfe sie eines Tages auch die Investitionen der Großen — und das beabsichtigt sie ja wohl auch. Gerade dann, wenn das geschieht, ist Gefahr im Verzuge. Werden erst einmal die Investitionspläne dieser Unternehmen revidiert, dann gerät das Wachstum selbst in Gefahr: Wird die Restriktionspolitik so weit vorangetrieben, daß sie wirklich die Preise stabilisiert, dann hat sie wahrscheinlich die Investitionstätigkeit schon dermaßen gedrosselt, daß eine Krise droht. Preisrückgänge um den Preis einer Krise will jedoch niemand. Da die Politiker nicht darauf versessen sind, politischen Selbstmord zu begehen, darf man mit Sicherheit unterstellen: Bevor die restriktive Politik der Notenbank voll ‚wirksam‘ werden könnte, würde sie gestoppt werden. ...“

Ebenso wie schon des öfteren im Rahmen der vierteljährlichen Berichterstattung an dieser Stelle, macht im übrigen auch *Sweerts-Sporck* darauf aufmerksam, „daß der gegenwärtige Preisauftrieb nur zum Teil auf eine konjunkturelle Übernachfrage zurückzuführen ist. Durchschlagender noch sind die vielen administrativ verordneten Preiserhöhungen, die zum Teil Folgen staatlicher Einkommenspolitik sind. Hier sei beispielsweise nur daran erinnert, daß Einkommenssubventionen über den Preis für die Landwirtschaft nicht anders zu beurteilen sind, als den Ärzten zugestandene Honorarerhöhungen in der sozialen Krankenversicherung, die in die Hunderte von Millionen Mark gehen.“

In ihrem Anfang Mai vorgelegten Geschäftsbericht für 1965 berichtet die Bundesbank darüber, daß von der Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung vom Februar 1965 bis Februar 1966 allein 20 vH auf Wohnungsmieten entfielen. Sie weist weiter auf die Erhöhung der Bahntarife, der Postgebühren sowie der Tarife von kommunalen Versorgungsbetrieben hin, und führt daran anschließend (auf S. 5) aus: „Stellt man außerdem in Rechnung, daß weitere 50 vH der Indexsteigerung auf die Verteuerung der Lebens- und Genußmittel zurückgingen, also auf Waren, deren Preise auf der Großhandelsstufe in weitem Umfang vom Staat beeinflußt werden, so wird deutlich, daß das Ausmaß der Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe nur zum Teil eine *gegenwärtige* ‚inflationäre‘ Entwicklung widerspiegelt.“

Wenn diese Darstellung richtig ist — und sie ist sicher richtig —, dann drängt sich die Erkenntnis auf, daß eine Beibehaltung des harten Restriktionskurses überhaupt nicht zur Preisstabilität führen kann, wohl aber die Gefahr einer Rezession in sich birgt, auf jeden

5) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juni 1966, S. 11 und 12.

6) DFW-Wochenbericht vom 13. April 1966, speziell S. 69.

Fall zu unnötigen Wachstumsverlusten führen wird.

Eine konjunkturstabilisierende Finanzpolitik ist erforderlich

Die Bundesbank kann nicht allein die Bürde der konjunkturpolitischen Verantwortung tragen, zumal ihre Mittel für sich allein unzulänglich sind. Dafür ist die zweijährige Dauer des Bremsweges der beste Beweis. Die enge Verbundenheit der Geld- und Kapitalmärkte der westlichen Welt infolge der vollen Umtauschbarkeit der Währungen haben die Waffen der Bundesbank noch stumpfer werden lassen. Erst nachdem unsere Zahlungsbilanz vor zwei Jahren passiv wurde und das Einströmen von Auslandsgeld erschwert worden war, konnte die Bundesbank überhaupt wieder aktive Währungspolitik betreiben, und auch dann mußte sie Rücksicht auf die Entwicklung im Ausland nehmen. So mußte sie z. B. längere Zeit darauf verzichten, den Diskontsatz von 4 auf 5 vH zu erhöhen, weil dann Auslandsgeld eingeströmt wäre, das der Notenbankpolitik entgegengewirkt hätte. Das Unterlassen der Diskonterhöhung führte zu dem paradoxen Ergebnis, daß die Bundesbank für die Geschäftsbanken zu einer relativ billigen Geldquelle wurde. „Der billige Notenbankkredit reizte dazu an, auf dem Rücken der Notenbank vorteilhafte Geldgeschäfte zu machen“, stellte hierzu der Bundesbankpräsident in seinem schon zitierten Vortrag fest. Der Diskontsatz konnte jedoch erst heraufgesetzt werden, nachdem zuvor das Auslandsgeld teurer geworden war.

Die Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik stand bisher nur auf einem, noch dazu lahmen Bein, das andere, die konjunkturstabilisierende Finanzpolitik fehlte. Statt einen Beitrag zur Konjunkturstabilisierung zu leisten, waren die öffentlichen Haushalte im vergangenen Jahr prozyklisch, sie verstärkten den Preisanstieg. Vor allem die von den Mehrheitsparteien im Bundestag im vorigen Jahr betriebene Politik der Wahlgeschenke hatte die Notenbankpolitik durchkreuzt.

Erst unter dem Druck der Verhältnisse — und nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung — hat die Bundesregierung Ende Juni den Entwurf eines Konjunkturstabilisierungsgesetzes vorgelegt, durch das das kreditpolitische Instrumentarium verbessert und eine Reihe von finanzpolitischen Mitteln eingeführt werden sollen. Das ist zweifellos zu begrüßen, wenngleich es auch besser gewesen wäre, die Regierung wäre schon längst den Vorschlägen der Wissenschaftlichen Beiräte beim Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium gefolgt; diese hatten schon 1956 — und seitdem wiederholt — eine konjunkturstabilisierende Finanzpolitik gefordert.

Der Entwurf eines Konjunkturstabilisierungsgesetzes

Der Regierungsentwurf sieht u. a. für die Bundesbank die Ermächtigung zur Kreditbegrenzung vor. Sie soll von den Kreditinstituten für längstens ein Jahr verlangen können, daß deren Kreditvolumen und Wertpapierbestände bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten. Die Bundesregierung soll ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung die Beschaffung von Krediten durch die öffentliche Hand mengenmäßig zu beschränken und einer Genehmigungspflicht zu unterwerfen. Der Haushaltswirtschaft des Bundes sollen eine mehrjährige Finanzplanung und fünfjährige Investitionsprogramme zugrunde gelegt werden, und für den Bundeshaushalt ist die Einrichtung einer Konjunkturausgleichsrücklage bei der Bundesbank geplant. Ihr sollen in Boomzeiten Steuermittel zugeführt und dort stillgelegt werden; bei rückläufiger Konjunktur werden diese Reserven aufgelöst. Die Länder sollen sich entsprechend konjunkturgerecht verhalten und dafür sorgen, daß sich auch die Gemeinden in ihrer Ausgabenpolitik an den konjunkturellen Erfordernissen orientieren. Auf steuerlichem Gebiet sind schließlich die Ermächtigung an die Bundesregierung zur Einführung oder zur Abschaffung von Sonderabschreibungen bzw. eine beschleunigte Anpassung der Vorauszahlungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Konjunkturverlauf vorgesehen.

Das sind die Grundzüge des vorgelegten Gesetzentwurfes. Die Referentenentwürfe sahen vor, daß die Rechtsverordnungen, zu denen die Bundesregierung ermächtigt werden soll, *nicht* der Zustimmung des Bundesrats bedürfen. Allerdings wurde dieser Bericht geschrieben, bevor der Gesetzentwurf am 22. Juni im Bundeskabinett beraten wurde, und es ist möglich, daß eine derartig weitgehende Ermächtigung nicht in die endgültige Fassung des Regierungsentwurfes aufgenommen wurde. Denn Ermächtigungen an die Bundesregierung, Verordnungen dieser Art *ohne* Zustimmung des Bundesrats zu erlassen, werden sofort eine berechtigte Kritik herausfordern.

Es ist zwar richtig, daß das normale Gesetzgebungsverfahren für eine wirksame Konjunkturpolitik vielfach zu langsam ist, dennoch sollte auch in der Konjunkturpolitik nicht auf die unmittelbare Mitwirkung des Parlaments verzichtet werden. Es wäre besser, einen Sonderausschuß des Parlaments zu bilden, der den Verordnungen innerhalb einer kurz bemessenen Frist von ein bis zwei Wochen zustimmen muß. In diesem Sonderausschuß könnten auch Mitglieder des Bundesrats vertreten sein⁷⁾.

Mit dieser Änderung könnte der Entwurf, wenn er angenommen werden sollte, eine wirk-

7) Siehe u. a. Günter Pehl, Möglichkeiten und Grenzen einer antizyklischen Finanzpolitik, GM, H. 5/1960, S. 273 ff.

same konjunkturpolitische Handhabe sein. Freilich muß er in die Hände von Leuten kommen, die auch den festen Willen zur Konjunkturpolitik haben. Leider haben wir genug Grund, daran zu zweifeln, daß der Bundeskanzler zu diesen Leuten zählt. Auf der Jahresversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie erklärte Prof. *Erhard* am 8. Juni 1966 in München, daß er sich lange Zeit gegen ein solches Gesetz gesträubt habe. In der gleichen Rede beklagte sich der Bundeskanzler einmal mehr darüber, daß das deutsche Volk seinen Appellen nicht folgen wolle, und er rief aus: „Wenn alle meine Mahnungen gegenüber dem deutschen Volk nur Hohn und Spott hervorrufen, dann sind wir fast am Rand des Abgrundes.“ Statt moderner Konjunkturpolitik also altväterliches Gerede. Es kommt nicht sehr oft vor, daß zwischen einem Gewerkschafter und dem *Industriekurier* Übereinstimmung besteht. Aber man muß dieser Zeltung schon recht geben, wenn sie am 1. März 1966 feststellte: „Die Abneigung des Bundeskanzlers gegen jede Art von quantifizierbarer Wirtschafts- und Finanzpolitik ist bekannt. Wirtschaftspolitik in Bonn wird von freischaffenden Künstlern gemacht, denen Zahlen und Prognosen ein Greuel sind.“ Wie soll bei dieser Einstellung desjenigen, der die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, eine wirksame konjunkturstabilisierende Finanzpolitik des Bundes betrieben werden? Das ist die entscheidende Frage. *Günter Pehl*